„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der

"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"

J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Ehm, Redakteur.

Geschäftslokal — 1825-1827 Halifax Straße, Regina, Sask.

Telephon 1381

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):

Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 70c; ein Monat, 30c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame: Setzen Sie den Zeilenpreis bei größeren Kontrakten entsprechenden Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einhaltig 70c; für jede weitere Insertion 50c.

Für jede Anzeige 2 Zoll einhaltig $1.25; für jede weitere Insertion 60c.

Auflösung und Neuwahl

Die erste Session des im letzten Oktober gewählten canadischen Parlamentes hat ein unrühmliches Ende gefunden. Zum Abtun war es klar und wurde auch nun und immer betont, daß die ungünstige Verteilung der Parteien im Unterhaus, wobei weder Liberale noch Konservative über eine unbedingte Mehrheit verfügten, eine stabile Regierung als fast unmöglich erscheinen ließe. Doch schien es vorübergehend, namentlich nach Annahme des letzterhöhten Budgets des liberalen Finanzministers Robb, als ob eine gesicherte Basis für das Kabinett gemacht. Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Verhältnisse im Zollamtsdienst schlug jedoch dem Faß den Boden aus. In den Reihen der Progressiven entlud sich eine Spaltung. Verschiedene Abgeordnete dieser Partei stellten sich auf die konservative Seite und erklärten sich für eine gründliche Untersuchung der Angelegenheit. Premier Mackenzie King wartete ab, zu einem entscheidenden Entschluß auf, indem er dem Generalgouverneur von Englands Gnaden die Auflösung des Parlamentes zusprach. Doch King irrte und King lernt. Seine Erzellenz schien sich nämlich nicht bewegen, dem Wunsche des liberalen Premiers stattzugeben, sondern berufungen den Führer der konservativen Opposition, Herrn Arthur Meighen, der vermutlich in Windsor und Ottawa auch dem Generalgouverneur gut angeschrieben ist, mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Doch die Freude des großschwarzen Gunstlings, Herrn Meighen, und seiner „Schattenminister" sollte kurzlebig sein. Ein Mißtrauensvotum des Finanzministers Robb, das die nötige Majorität im Hause fand, machte der konservativen Komödie ein Ende. Nun mußte sich der Generalgouverneur von Englands Gnaden doch zur Auflösung des canadischen Parlamentes entschließen. „Da sieh' ich nun, es kommen Tag und Stund so klang als nie zuvor."

Die unmittelbare Folge der Auflösung ist die Ausschreibung von Neuwahlen, über deren Datum bis jetzt nur Mutmaßungen vorliegen. Ohne Zweifel wird der kommende Wahlkampf den letzten, der keine nennenswerten Momente aufzuweisen hatte, an Heftigkeit bedeutend übertreffen. Nicht nur die Untersuchung des Zollamtes und die Tariffrage, sondern auch das Verhalten des Generalgouverneurs wird die Gemüter aller jener beschäftigen, die an der Gestaltung der zukünftigen canadischen Geschicke ein aktives Interesse haben. Den Konservativen ist durch das freundliche Wohlwollen des Generalgouverneurs der unverdiente Vorteil in den Schoß gefallen, daß sie mit ihrer provisorischen Regierung einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Wahlen ausüben vermögen. Doch die Liberalen werden in ihrer jetzigen Oppositionsstellung unserem leichtsinnigen Spiel laufen, als sie einerseits auf eine arbeitsreiche Gesetzgebungsarbeit in den letzten Monaten und andererseits auf eine Torpedierung von Gnaden, die noch keinen Federstrich für das Land getan hat, hinweisen können.

Der allgemeine Wunsch der canadischen Bevölkerung ist es gewiß, daß aus den künftigen Wahlen eine Parteikonstellation hervorgehen möge, die eine Regierung auf breiter Grundlage zum Wohle des Landes ermöglicht.

Bekämpfung der italienischen Wirtschaftsnot

Die seit langem angekündigte Kampagne zur Besserung der Finanzlage und zur Herbeiführung des Gleichgewichts im italienischen Handel wurde mit dem Erlaß einer Reihe drastischer Verfügungen eröffnet.

Fast jedes Zweig des Handels wird durch diese Verfügung betroffen. Sie dem Zweck dienen, die Lire zu festigen und die ungünstige Handelsbilanz, die im letzten Jahre einen Fehlbetrag von 8 Milliarden Lire zeigte, besser zu gestalten.

Unter anderem wird die Verlängerung der Arbeitsstunden der Arbeiten um eine Stunde genehmigt. Verschiedene Arten von Luxus erfahren eine Einschränkung. Auch werden Maßnahmen zur Besserstellung der arbeitenden Klasse in Anregung gebracht und Ernährungen gegeben, die Naturerzeugnisse des Landes in größerem Maßstabe auszunutzen.

Eine weitere Verfügung bestimmt, daß die täglich erscheinenden Zeitungen nur sechs Seiten enthalten dürfen und daß alle Sonderbeilagen mit Ausnahme solcher technischen Inhalts verboten sind. Weiterhin ist ferner die Errichtung neuer Hotels, Kaffeehäuser, Restaurants, Bars, Konditoreien und Nachtlokale. Weiterhin wird der Bau von Privatvillen und Villen in orientalischem Stil, Erkker sind in Zukunft nur einfache Erker für Arbeiter und Landwirte, sowie genossenschaftliche Angestellte, ferner Gutshäuser und kooperative Mietshäuser, in denen kleine Ersparnisse angelegt sind. Die Regierung gibt für die Errichtung von Häusern für Angestellte großer Industrieanlagen besondere Beihilfe.

Sodann wird der Bevölkerung bekannt gegeben, daß Maßnahmen getroffen worden sind, wonach die Preise für Eisen, Zement, Ziegelsteine und Gips herabgesetzt werden, ohne daß die Qualität der Ware sich verschlechtern soll. Es wird mitgeteilt, daß Maßnahmen getroffen sind, Großunternehmen zwecks Eröffnung von billigen Lebensmittelkantinen für ihre Angestellten Beihilfe zu gewähren und daß mit den Industriellen Vereinbarungen getroffen worden sind zu gesteigerter Herstellung einheimischer Metalle.

Bekannt gegeben wird die Ernennung eines Sonderausschusses zur Regierung der einheimischen Brennstoffe und Mineralien und zur Steigerung ihrer Produktion. Vom November ab ist die Mischung von Benzin und Alkohol gestattet. Sodann wird die Genehmigung zum Ausbau des Verkaufs von Lebensmittelstoffen an Staatsange-

stellte, die in Rom wohnen, erteilt. Minister Belluzzo ist angewiesen worden, festzustellen, ob es ratsam ist, dem Weizenmehl zum wenigsten 15 Prozent anderer Mehlarten beizumischen.

Ein Grundstock von 2 Millionen Lire ist von der Regierung zur Unterstützung italienischer Autoren zur Verfügung gestellt worden. Diese Summa ist im Budget des Wirtschaftsministeriums enthalten. Preise werden an Schriftsteller und Anstalten vergeben, die Werke schaffen, welche für die kulturelle und industrielle Entwicklung Italiens von Bedeutung sind.

Weltumschau

Deutschland.

Ein merklicher Ruck zu den Sozialisten hin scheint sich in der Reichsregierung in den letzten Tagen vollzogen zu haben. Die Tatsache, daß beim Volksentscheid kürzlich so viele Stimmen im Rheinland für die Fürstenenteignung gefallen sind, hat augenscheinlich die Führer des Zentrums stutzig gemacht und diese bemühen sich nunmehr, den Sozialisten in Sachen der Fürstenabfindung wesentlich entgegen zu kommen. Die ursprüngliche Kompromißvorlage hat in den letzten Tagen wesentliche Aenderungen erfahren. Aenderungen, die auch bereits die Zustimmung des Reichsrats gefunden haben. Unter dem vorliegenden Plan wird der Exkronprinz die reiche Besitzung Oels mit ihrem altertümlichen Schloß verlieren, ist er doch nur Herr auf Oels auf Grund des Feudalgesetzes. Das dem ältesten Sohne des regierenden Hauses diese Besitzung zuspricht. Dieses ist aber nur eine der drastischen Bestimmungen der neuen Kompromißvorlage. Auch weitere schwere Opfer werden die Hohenzollern zu bringen haben. Die Deutschnationalen scheinen sich schweren Herzens in diese neugeschaffene Lage finden zu wollen, um wenigstens zur die Fürsten zu retten, was noch zu retten ist. Namentlich sind es die Führer des Zentrums, die mit einer Reichstagsauflösung oder wenigstens mit einer Kabinettskrise drohen, sollte die Kompromißvorlage nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstag finden. Die derzeitige Minderheitsregierung ist notwendigerweise gezwungen, entweder die Unterstützung der Deutschnationalen oder die freundliche Neutralität der Sozialisten zu erlangen. will sie mit ihrer Kompromißvorlage Erfolg haben. Der ursprüngliche Plan einer Heranziehung der Deutschnationalen zur Regierung scheint vollständig fallen gelassen worden zu sein.

Auf einer Versammlung deutscher Aerzte in Essen, unter denen sich hervorragende Befürworter der Mäßigkeitsbewegung befanden, wurde eine Entschließung gegen alle und jede Art von Prohibitionsgesetzgebung angenommen. Eine solche Gesetzgebung wäre eine Beschränkung der persönlichen Freiheit und würde zur Demoralisierung der Rasse führen. Nahezu einstimmig stimmte die Tagung für eine Erziehungskampagne gegen die Unmäßigkeit durch Propaganda in den Schulen. Forderung von Sport und die Abschaffung des Traktierens. Die Aerzte sprachen sich dahin aus, daß das schwedische System der Regierungskontrolle über den Verkauf berauschender Getränke noch das beste in der Welt sei, doch sei selbst dieses im Prinzip falsch sei.

Leichte Erdstöße im südlichen Deutschland verursachten in vielen Orten Schrecken. Indessen wurd kein Schaden berichtet. In Baden eilten Leute auf die Straßen, als die Erschütterungen gespürt wurden. In der Gegend des Bodensees fielen Bilder von den Wänden.

In Berichten aus den Ueberschwemmungsgebieten wird mitgeteilt, daß infolge Fallens der Gewässer der Elbe und Oder keine weitere Flutgefahr zu befürchten ist.

Frankreich.

Der Plan von Finanzminister Caillaux zur Stetigung des Franc hängt von Krediten von der amerikanischen Bundes-Reservebank und der Bank von England ab. Nach seiner Auffassung hängen solche Darlehen ihrerseits von einer Genehmigung des Washingtoner Schuldenabkommens und der Vereinbarung eines Abkommens über Tilgung der Schuld an Großbritannien ab. Der Minister wünscht dem Vernehmen nach im Voraus die Versicherung, daß die Kredite nach Ratifikation der Schuldenabkommen vereinbart werden können. Die Kredite, wahrscheinlich nicht über 200 Millionen Dollars, würden von der Bank von Frankreich verlangt und hätten alle Hilfsquellen dieses Instituts hinter sich, darunter ihre Goldreserve.

Die Deputiertenkammer gab dem Ministerium Briand mit einer Mehrheit von 162 ein Vertrauensvotum.

Großbritannien.

Ein Antrag der Arbeiterpartei im Unterhause, die Regierungsvorlage, nach der es den Kohlengräbern gestattet sein soll, acht Stunden täglich zu arbeiten, amtlich wie bisher sieben Stunden, abzulehnen, wurde mit 355 gegen 163 Stimmen zurückgewiesen. Der Abstimmung ging eine hitzige Debatte mit tumultuarischen Szenen voran. Premier Baldwin mußte sich gegen den ihm von Mitgliedern der Arbeiterpartei gemachten Vorwurf verteidigen, daß der Umstand, daß er Aktionär in dem großen Eisenwerk „Baldwin's Limited" sei, ihn veranlasse, sich auf Seite der Zechenbesitzer zu stellen. Vorher war der Sekretär des Bergbauamtes, Oberst George Lane-Fox, mit Tätlichkeiten bedroht worden, nachdem er erklärt hatte, ein Arbeiter, dem Gelegenheit geboten werde, mehr Geld zu verdienen, habe das Wohl seiner Familie nicht im Auge, wenn er den Vorschlag zurückweise. Die Regierungsvorlage wurde schließlich in zweiter Lesung angenommen.

Ungarn.

Jeremiah Smith von Boston, der seit zwei Jahren im Auftrage des Völkerbundes als Generalkommissär der finanziellen Sanierungsaktion für Ungarn tätig war, und dessen Funktionsdauer erlischt, da der Völkerbund die Finanzkontrolle über Ungarn aufgehoben hat, hat sein Gehalt von $100,000 für seine zweijährige Tätigkeit dem ungarischen Volk zum Geschenk gemacht.

Der Bostoner Finanzsachverständige, dem bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett der Dank für seine Bemühungen um die finanzielle Gesundung Ungarns von den höchsten Regierungsbeamten ausgedrückt wurde, erklärte dem Ministerpräsidenten Graf Bethlen, daß die Freundschaft und die Anerkennung des ungarischen Volkes alles sei, was er für seine geleistete Arbeit zu haben wünsche.

Die ungarische Staatspolizei verhaftete Emil Bacher und Oskar Fabry, Präsident resp. Betriebsleiter der Viktoria- und Concordia-Getreidemühlen-Gesellschaft, unter Anklage, durch Spekulationen an der Chicagoer Getreidebörse über $7,000,000 Kapital der Aktionäre verloren zu haben. Bacher wird beschuldigt, riesige Mengen Weizen im vorigen Jahre ohne Vollmächtigung seitens der Aktionäre im Chicagoer Markt gekauft und verkauft und dadurch den Bankerott der beiden Mühlengesellschaften verursacht zu haben. Um Ungarns Handelskredit im Auslande zu retten, kam die Regierung mit einem Vorschuß von $3,500,000 den insolventen Firmen zu Hilfe, doch bewirkte diese Maßnahme nur eine Verzögerung des schließlichen Zusammenbruchs. Später erklärte Bacher, der im 72. Lebensjahr steht, er würde die Mühlengesellschaften durch Erlangung von Krediten von britischen und anderen ausländischen Bankiers noch vor dem Bankerott bewahrt haben, wenn nicht plötzlich die Enthüllungen im Falle der ungarischen Francs-Noten-Fälscher den Kredit Ungarns im Auslande dermaßen erschüttert hätten, daß die Ausführung seines Planes sich als unmöglich erwies. Der Zusammenbruch der Viktoria-Mühlen-Gesellschaft war der größte Finanzkrach in der Geschichte Ungarns und kaum hatte sich die allgemeine Erregung darüber etwas gelegt, als die Concordia-Mühlen-Gesellschaft ihre Zahlungen einstellte.

Rumänien.

Flutgewässer überschwemmten Teile von Siebenbürgen, die Totenzahl wird auf hundert geschätzt. Das Dorf Joodi litt am meisten. Die Bewohner flohen in die Kirche. Während die Leute um Schutz beteten, stürzte die Kirche zusammen. Sechzig Personen wurden getötet und 300 verletzt. In zwei Bezirken stürzten mehrere hundert Häuser ein. Truppen sind zum Beistand des Gebietes entsandt.

König Ferdinand eröffnete die erste Sitzung des neugewählten Parlaments mit einer Thronrede, die ankündigte, daß die Session kurz sein und sich nur mit dringenden Maßnahmen befassen werden. Die Oppositionsmehrheit, die von dem nationalistischen Bauernblock gebildet wird, blieb der Sitzung fern und brachte damit ihren Protest gegen die Haltung der Regierung bei den jüngsten allgemeinen Wahlen zum Ausdruck. Es wird erwartet, daß das Kabinett vor Beginn der Herbstsession reorganisiert wird. Die Wahrscheinlichkeit besteht, daß Titulesco aufgefordert werden wird, die Vizepräsidentschaft, sowie den Posten des Finanzministers zu übernehmen.

Polen.

Die amerikanischen Harriman-Anaconda Interessen werden von der Erwerbung der umfangreichen Bergwerke und Industrien der Familie von Giesche in Polnisch-Schlesien zurücktreten, wenn nicht die polnische Regierung sofort und rückhaltlos das von dem provisorischen Kabinett während des Staatsstreichs unterzeichnete Abkommen gutsieht. Das jetzige Kabinett will das Abkommen, unter dem die Gesellschaft von einer Kapitalsteuer von unbekanntem Umfang befreit wäre, nicht anerkennen.

Bei Ruhestörungen, die durch sozialistische Demonstrationen in ganz Polen verursacht wurden, welche die Auflösung des Parlaments und Neuwahl fordern, wurden zwei Personen getötet und eine große Anzahl anderer verletzt. In Inowraclaw hielten die Sozialisten trotz des Verbots der Polizei einen Umzug durch die Straßen ab. Als die Polizisten einschritten, wurden sie von den Teilnehmern an der Demonstration mit Messern und Steinen angegriffen, wobei sechs Personen verletzt wurden. Die Polizei schoß auf ihre Angreifer, und sechs verloren dabei ihr Leben, während 18 verwundet wurden. Schlägereien zwischen Gruppen von Sozialisten in Lodz verursachten die Verletzung von acht Personen, während bei einem Zusammenstoße von Sozialisten und Kommunisten in Lemberg ein Sozialist ernstliche Verletzungen erlitt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Aus Kowel, Wolhynien, kommt die Meldung: Von einem Schrappnellgeschoß wurden 38 Soldaten, darunter zwei Offiziere, getötet, 40 sind schwer verwundet. Das wahrscheinlich vom Weltkrieg übrig gebliebene Geschoß kam zur Entladung. Elf andere Soldaten sind weniger schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich während der Felduübung einer Kompagnie des 35. Infanterie Regiments. Die Leute marschierten über ein 18 Zentimeter Schrapnellgeschoß.

Tschechoslowakei.

Aus Prag wird gemeldet: Die tschechische Bezirksverwaltung hat den Gemeinden Karlsbad und Franzensbad aufgetragen, die Quellen, Kolonnaden und Promenaden in tschechischer Sprache zu bezeichnen und ferner die Kurlisten. Vorschriften sowie die Programme der Musikkapellen in tschechischer Sprache herauszugeben. Dem Stadtrat von Franzensbad wurde außerdem der Auftrag erteilt, bei der Auslandspropaganda die Bezeichnung der Stadt in tschechischer Sprache anzugeben. Ausdrücklich verboten wurde, die Bezeichnung Franzensbad allein zu gebrauchen. Die Berufung gegen dieses Verbot wies der Minister des Innern als unbegründet ab, obwohl der Vertreter der Stadtgemeinde ausgeführt hatte, daß das Verbot der Benutzung der deutschen Bezeichnung Franzensbad die Gemeinde materiell schädigen würde, da die tschechische Bezeichnung für Franzensbad im Auslande vollständig unbekannt sei.

Spanien.

König Alfonso ist während seines Aufenthalts in Frankreich einem sorgfältig entworfenen Mordanschlag entgangen. Zwei Mitglieder einer Bande von fünf sind in Haft. Nach dem Matin gestanden die Gefangenen den Ankauf eines Autos, um dem Zug mit Alfonso und Königin Victoria entgegenzufahren und den König auf der letzten Haltestelle vor der Ankunft in Paris umzubringen. Im Fall eines Mißlingens wollten die Verschwörer Alfonso während seiner Spaziergänge in Paris töten. Die Gefangenen hatten reiche Geldmittel und viele Munition. Die beiden sind Spanier und bekannte Anarchisten. Sie heißen Ascaso und Durretti und hatten in Buenos Aires ausgestellte Päße. Sie behaupten, das bei ihnen gefundene Geld seien ihre Ersparnisse in Argentinien. Wie der Matin sagt, war Durretti im Jahre 1923 bei einem Bankraub in einer spanischen Stadt beteiligt. Die Polizei soll den Anschlag 40 Stunden vor Ankunft des spanischen Königspaares in Paris erfahren haben. Sie handelte rasch und trieb eine Anzahl spanischer Anarchisten in der Stadt zusammen. Alfonso und die Königin verließen Paris und trafen am Spätnachmittag in London ein. Sie bleiben zwei Wochen in England.

Mexiko.

Nachrichten aus Leon, wo die Gewässer des Gomez-Flusses einen großen Teil der Stadt überschwemmt haben, deuten an, daß durch die Ankunft von Zügen mit Lebensmitteln, Kleidung, Arzneien und Zelten die Not zum Teil behoben werden konnte. Es wurden Suppenküchen eingerichtet, in denen die Notleidenden gespeist werden.

Einige Teile der Stadt stehen noch unter Wasser. Es wurden viele weitere Leichname aufgefunden, von denen die meisten sofort verbrannt wurden. Bisher konnte nicht festgestellt werden, wie groß die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen Personen ist. Ueber tausend Häuser sind entweder hinweggeschwemmt worden oder eingestürzt. Man glaubt, daß unter den Trümmern noch mehrere hundert Tote liegen werden. Die ganze Ernte in der Umgebung von Leon wurde durch die Flutgewässer vernichtet.

Den Telegraphenbeamten in Leon wird hohes Lob gezollt, da sie zwei Tage und zwei Nächte ohne Essen und ohne Schlaf an ihren Apparaten verblieben, obgleich ihnen das Wasser bis zu den Hüften reichte.

Panama

Der in der Stadt Panama tagende Panamerikanische Kongreß hat eine Resolution gutgeheißen, in der die Gründung eines amerikanischen Völkerbundes befürwortet wird. Ferner fordert die Resolution, daß die amerikanischen Staaten zu einer Konferenz zusammentreten um die Konstitution der in Vorschlag gebrachten Liga festzulegen. Die Regierung von Panama soll aufgefordert werden, die einleitenden Unterhandlungen mit den einzelnen Nationen zu führen, wobei die panamerikanische Union sie unterstützen soll, sodaß der Antrag bald ausgeführt werden kann.

Hundert Jahre Dampferfahrt auf dem Rhein

Die Dampfschiffahrt auf dem Rhein feierte in diesen Tagen ein Jubiläum. Im Jahre 1816 erschien das erste Dampfschiff, ein englisches Schiff, auf dem Rhein. Im Laufe der nächsten Jahre folgten weitere englische und holländische Versuchsfahrten und weckten an allen Rheinplätzen, ganz besonders in Köln, lebhaftes Interesse. Unter Führung der Handelskammer in Köln wurde daraufhin die „Preußisch Rheinische Dampfschiffahrts-gesellschaft" ins Leben gerufen und durch ein Kabinettsorder vom Juni 1826 zur Aufnahme des Dampfschiffahrtsbetriebes ermächtigt. Die Rheindampfschiffahrt, die den Personenverkehr auf dem Rhein unternimmt, konnte also die hundertjährige Wiederkehr ihres offiziellen Geburtstages feiern.

Die erste Strecke, die für den Personenverkehr betrieben wurde, war die zwischen Mainz und Köln. Ein überraschender Menschenzustrom war die Folge der neuen Verkehrsmöglichkeiten auf dem Rhein. Die Kölner Handelskammer berichtete aus dem Jahre 1829, daß die Anzahl der Reisenden bei der Einrichtung des regelmäßigen Dampfschiffahrts-Verkehrs sich etwa verzehnfacht habe. Seit jener Zeit wurden fast alljährlich neue Dampfer in Dienst gestellt und die Fahrten allmählich auf den Oberrhein über Mainz hinaus vorübergehend bis nach Basel ausgedehnt.

Im Jahre 1836 entstand in Düsseldorf eine Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittel-Rhein." Ein heftiger Konkurrenzkampf setzte ein, der erst nach anderthalb Jahrzehnten durch eine freundliche Verständigung sein Ende fand. Beide Gesellschaften schlossen sich im Jahre 1853 unter dem noch heute geführten Namen „Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt" zu einer Betriebsgemeinschaft zusammen. Mehr und mehr wurde diese Gesellschaft ein Unternehmen nur für den Personenverkehr. Von etwa 100 Personen in den Anfangsjahren ist die Zahl der zu befördernden Passagiere heute bis auf 2500 gestiegen. Zwei große Salonschiffe, „Rheinland" und „Vaterland" stehen jetzt der Gesellschaft zur Verfügung; ihr Ehrgeiz besteht darin, die Reisenden nicht nur gut und sicher, sondern auch mit höchster Bequemlichkeit zu befördern.

Das Schreckensregiment in Syrien

Damaskus unter feindlichem Feuer

Schwermut und Trostlosigkeit herrschen in Damaskus. Die Heilige Stadt des Nahen Osten, die Hüterin der Traditionen der Araber und des Islams, befindet sich im Belagerungszustande von außen, während der Aufruhr im Innern gärt. Eine dreifache Reihe von Stacheldraht, Wachthäusern und Schützengräben mit Maschinengewehren, denen die Artillerie zur Seite steht, umgeben das Herz der Stadt und haben die aufständischen Druesen davon abgehalten, die muselmännische Hauptstadt Syriens zu stürmen. Seit 6 Monaten befinden sich jedoch die die Stadt umgebenden Garten in den Händen der Rebellen.

Bombardements, welchen die Dörfer und die Gärten in der Umgebung von Damaskus von Flugzeugen und Artilleriegeschützen ausgesetzt sind, werden fast täglich und auch nachts vorgenommen. Hunderte von Granaten wurden am 15., 16., 17. und 18. Juni in die Garten geschossen, und ein besonders heftiges Bombardement wurde am 18. Juni ausgeführt, als französische Artillerie und Flugzeuge Ortschaften in der Umgebung von Damaskus zweieinhalb Stunden ohne Unterbrechung beschossen. Obgleich einige der Granaten über Teile der Stadt selbst hinwegflogen, bevor sie in die Gegend außerhalb der Mauern einschlugen, wurden die Bewohner dadurch anscheinend wenig beunruhigt.

Die in den Garten befindlichen Truppen der Rebellen werden auf 1200 bis 2000 Mann geschätzt. Sie besitzen mit Ausnahme der Abwehrgeschütze gegen Tanks keine Artillerie.

Der Sultan Paicha Attrasch, der Oberbefehlshaber der druesischen Armee, sandte dem amerikanischen Volke eine Botschaft, in welcher er bestreitet, daß die Rechte der Christen in Syrien verletzt worden und in der er erklärt, daß sein Volk nur die Franzosen bekämpfe, um seine eigenen Rechte in dem Heimatlande wieder herzustellen.

Des weiteren besagt er in der Botschaft, daß der Aufruhr die Folge der Grausamkeiten sei, welche von den französischen Kolonisationsbeamten verübt wurden. (diese Worte sind im Text mit roter Tinte unterstrichen), welche die heiligen Rechte des Landes mit Füßen getreten hatten.

Einer der Frevel, welcher vor kurzem von den Rebellen der Druesen verübt worden sei, wäre derjenige gewesen, daß die Franzosen die christlichen Syrier mit Waffen ausgestattet hätten, um gegen die Druesen zu kämpfen. Als eine Folge davon hätten einige der christlichen Brüder unvernünftig gehandelt und auf die Armee geschossen, die dem Feinde folgte.

In dieser Verbindung ist eine von Emir Amin Mustafa Arslan abgegebene Erklärung von Interesse. Er ist nach Sultan Attrasch und Dr. Abdul Rahman Schabander, dem Innenminister der Druesen, die dritte leitende Persönlichkeit in dem druesischen Volke und sagte, daß der Frieden nicht wieder hergestellt würde, falls die Franzosen den Aufständischen nicht sehr liberale Bedingungen stellen sollten, und zwar schriftlich und von einer dritten Macht garantiert, entweder von den Vereinigten Staaten oder letzten Endes von dem Völkerbunde.

* * *

Diese obigen Mitteilungen werden noch durch folgende Meldungen ergänzt:

Syrien leidet gegenwärtig unter dem grausamsten Krieg, der je geführt wurde. Ständig werden Klagen über unerhörte Grausamkeiten geführt, die von beiden Seiten begangen worden sind. Schauergeschichten von Verstümmelten, die man an den Landstraßen fand, schwirren umher. Berichte über Männer, die mit abgeschnittenen Ohren und anderen furchtbaren Verletzungen gefunden wurden, sind an der Tagesordnung.

Ohne daß die Verantwortung für die Richtigkeit der geschilderten Zustände übernommen werden kann, bleibt die beschämende Tatsache bestehen, daß Syrien, das sich unter der Obhut des Völkerbundes des Friedens und Wohlstandes erfreuen sollte, gegenwärtig ein Land ist, in welchem Henker auf offener Straße ihr grausiges Handwerk ausüben.

Wer früher nach Damaskus kam, sei es auf der Landstraße oder mit der Eisenbahn, der gelangte durch eine lange Flucht von üppigen Obstgarten und vielen fließenden Wassern in die berühmte Stadt. Heute muß er sich durch ein wüstes Gewirr von Stacheldraht und Barrikaden mühsam den Weg bahnen.

Wie Syrier einem Vertreter der Assoziated Preß erklärten, ist die Verwendung von gekauften zirkassischen und armenischen Truppen durch die Franzosen das größte Hindernis auf dem Wege zum Frieden für das gequälte Mandatsgebiet. Die Syrier begegnen diesen Truppen mit größerem Haß, als den Senegalesen oder den Algeriern.

Obwohl man den aufrührerischen Stämmen ihren Haß gegen ihre Gegner zugute halten muß, erklären neutrale Beobachter, die sich seit Ausbruch der Feindseligkeiten in Syrien befinden, daß ihrer Ansicht nach Dinge geschehen sind, die den Vorschriften einer zivilisierten Kriegführung zuwiderlaufen. In keinem der bekanntgewordenen Fälle kann den französischen weißen Truppen die Begehung der in Frage stehenden Grausamkeiten nachgewiesen werden.

Berichte über die angeblichen Grausamkeiten sind amtlich neutralen Konsulaten in Damaskus schriftlich niedergelegt und von diesen an ihre Regierungen weitergegeben worden. Die neutralen Beobachter glauben, daß die französische Regierung eine Untersuchung durch den Völkerbund begrüßen würde und befürworten auch eine durch Frankreich selbst geleitete Untersuchung.

Auf der anderen Seite kümmern sich die empörten Druesenstämme und die bewaffneten Rebellen in der Umgebung von Damaskus wenig um Abmachungen über die anerkannten Gesetze der geregelten Kriegführung. Ihre Räubereien und Mordtaten über Grausamkeiten sind zu zahlreich, um alle berichtet werden zu können.

Der Vertreter der „Associated Preß" sah in den Außenbezirken von Damaskus, als er sich in Begleitung eines französischen Offiziers dorthin begab, einen zirkassischen Polizisten, der bei einer Temperatur von 102 Grad im Schatten eine Pelzmütze trug. Er war im Besitz eines machtigen Gewehrs, hatte zwei mit Patronen gefüllte Ledergurtel und drei Handgranaten umhangen. Er sah aus wie ein mandelndes Arsenal. Auf die Frage des Korrespondenten, was für ein Kerl das sei, antwortete der französische Offizier ohne jedes Zögern: „Es sind Räuber, aber wir vertrauen den Teufel durch Beelzebub."

Auch den Armeniern werden die schlimmsten Grausamkeiten gegen die Syrer zur Last gelegt. Ein Zirkassier fragte einen Syrer, worüber sich die Syrer denn so ärgerten und fügte dann hinzu: „Ihr beschuldigt die Franzosen, daß sie euer Geld aus Syrien weg und nach Frankreich verschleppt haben. Gut, wir bringen das Geld nach Damaskus zurück und sorgen dafür, daß es wieder in Umlauf kommt." Bei diesen Worten klimperte er mit dem Haufen Gold, den er in seiner Tasche trug. Die angeworbenen Truppen erhalten monatlich 50 türkische Goldpfund.

Für deutsche Sprache in allen amerikanischen Schulen

Allgemeiner deutschamerikanischer Nationalbund angestrebt

Zu einem allumfassenden Bestreben an die Deutsch-Amerikaner gestaltete sich der in Philadelphia abgehaltene Jahreskonvent des Deutsch-Amerikanischen Zentralbundes von Pennsylvania. Nach gründlicher Beratung und Verleihung eines Schreibens der Steuben-Gesellschaft, in dem von der neuerlichen Gründung eines sich über das ganze Land erstreckenden Nationalverbandes von Deutsch-Amerikanern abgeraten wurde, weil damit, wie geltend gemacht wird, die unerläßliche Einigkeit unter den Stammesgenossen beeinträchtigt werden könnte, einigte man sich, für die Belebung eines derartigen Nationalverbandes des deutscher Vereine nach Möglichkeit tätig zu sein, um die Idee zu verwirklichen. Ein zweiter, wichtiger Beschluß richtet sich gegen das Volstead-Gesetz, dessen völlige Beseitigung oder Milderung gefordert wird. Schließlich wird darauf gedrungen, daß die deutsche Sprache in allen Schulen des Landes zu pflegen sei.

Durch Annahme anderer nicht minder wichtiger Beschlüsse darf der Verlauf des Konvents als laute Kundgebung für die Sache der Deutsch-Amerikaner gelten.

Neben dieser möglichen und anzustrebenden Gründung eines allumfassenden Bundes, wird man mit den anderen Staatsverbänden, insonderheit mit der Steuben-Gesellschaft von Amerika, in treuem Einvernehmen zusammenarbeiten, im Unterschied allerdings von der Steuben-Gesellschaft, durch strikte Betonung der deutschen Sprache.

Mit strenger Forderung wurde die Aufhebung der Forster-Akte durch den Kongreß verlangt, welches die Zulassung der Angehörigen von Einwanderern, die sich hier angesiedelt haben, außerhalb der allgemeinen Quote untersagt.

Eine energische Resolution des Gesetzgebungs-Komitees verlangt Wiedereinführung der deutschen Sprache auf allen Stufen des Landes, ohne Rücksicht darauf, ob Vorschule, Hochschule oder gar Universität. Alle Resolutionen und Beschlüsse werden den einzelnen Senatoren und Repräsentanten zugestellt werden.

Was auf deinem Pilgerwege
Herbes dir begegnen mag,
Immer sind des Schicksals Schläge
Schwächer als des Herzens Schlag.